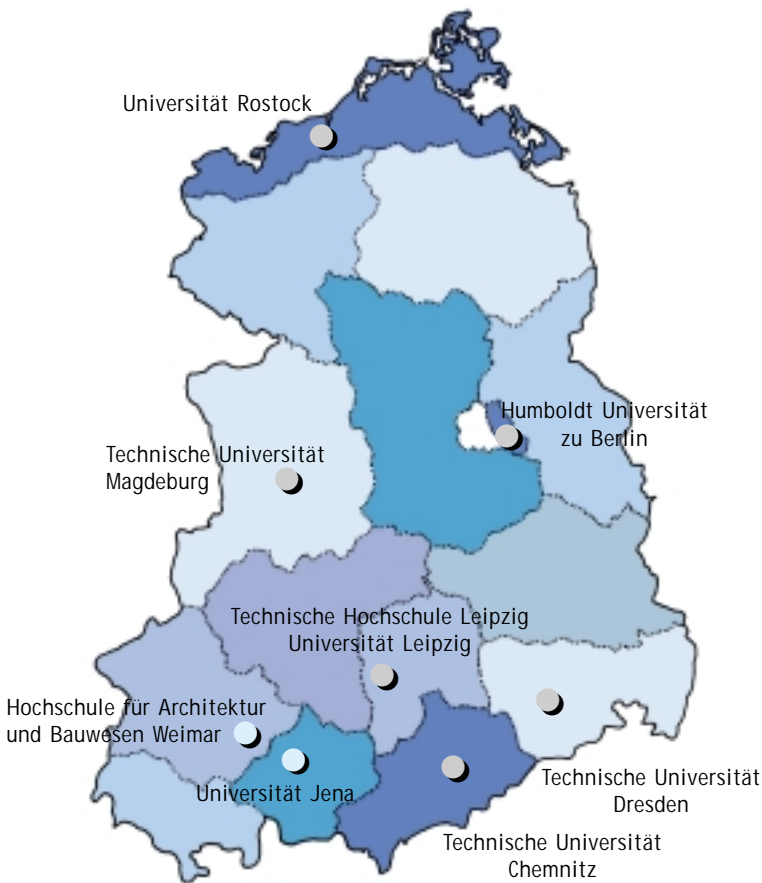


# Die Integration der Informatik-Standorte der DDR in den Fakultätentag



Hans-Jürgen Appelrath, Oldenburg

Karl Hantzschmann, Rostock

## Die Integration der Informatik-Standorte der DDR in den Fakultätentag

Dieser Artikel erschien in einer vorläufigen Fassung  
in der Broschüre "25 Jahre Fakultätentag Informatik 1973 - 1998"  
im August 1998.



**Abb. 1: Teilnehmer der Plenarversammlung des Fakultätentages Informatik am 26. Mai 1989 in der Universität Oldenburg**

Die sogenannte "Wende" in der DDR überraschte (natürlich) auch den Fakultätentag Informatik. Noch auf der Plenarversammlung am 26.5.1989 in der Universität Oldenburg ahnte niemand der Teilnehmer, die sich bei strahlendem Sonnenschein zu einem der für den Fakultätentag ganz seltenen Gruppenfotos (Abb. 1) aufstellten, welche Entwicklung auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung dieses Jahr noch bringen würde.

Die DDR-Führung war mit den Vorbereitungen für die Feiern zum 40. Geburtstag am 7. Oktober beschäftigt, die Bürgerinnen und Bürger aber planten ihren Sommerurlaub, den erst Hunderte, später Tausende zum Grenzübertritt von Ungarn über Österreich in die Bundesrepublik nutzten. Vertretungen der Bundesrepublik in Ost-Berlin, Budapest und Prag wurden besetzt, beginnend in Leipzig etablierten sich Massendemonstrationen für Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Im Oktober nahmen die Demonstrationen - auch in Berlin und anderen Städten - zu, Erich Honecker trat am 18. Oktober von allen Ämtern zurück, am 7. November auch die DDR-Regierung unter Willi Stoph.

Die turbulenten Ereignisse des November 1989 mit der spektakulären Öffnung der Grenzübergänge zur Bundesrepublik Deutschland und nach West-Berlin am 9. November 1989 beschäftigten selbstverständlich die Gedanken aller Vertreter auf der 34. Plenarversammlung des Fakultätentages am 1.12.1989 in der TU München, aber sie hatten keinen Einfluss auf die Tagesordnung. Am gleichen Tag, an dem übrigens die Volkskammer den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung strich, diskutierte die Plenarversammlung in München z.B. die Aufnahme der Universität Frankfurt, die allgemeine Studiensituation in Informatik, insbesondere die Überlast im WS 89/ 90, und setzte

Kommissionen zu den Themen "Verhältnis zur Elektrotechnik" und "Rahmenprüfungsordnung" ein. Nur am Rande der Plenarversammlung spielten die dramatischen, in ihren Auswirkungen noch kaum abschätzbaren tagespolitischen Ereignisse eine Rolle. Vereinzelt wurde allerdings schon über Besuche von Informatikstudierenden aus der DDR in den grenznahen Mitgliedshochschulen des Fakultätentages Informatik berichtet. Es war die Zeit des Freudentaumels (siehe Abb. 2) über die immer erhoffte, nun greifbare Wiedervereinigung Deutschlands, die Zeit spektakulärer, in die Geschichte eingehender Ereignisse.



**Abb. 2: Sylvesternacht 1989/90 am Brandenburger Tor**

Bis zur 35. Plenarversammlung am 18.5.1990 in der Universität Koblenz-Landau hatte sich die Situation drastisch gewandelt. In den 5 Monaten seit der letzten Versammlung überschlugen sich die Ereignisse: Am 12. April war Lothar de Maizière zum neuen und letzten Ministerpräsidenten der DDR gewählt worden, am 3. Mai fand das erste Treffen der Außenminister der beiden deutschen Staaten und der vier Siegermächte des zweiten Weltkrieges zu den sogenannten "2+4-Gesprächen" (siehe Abb. 3) über die Deutsche Einheit statt, und genau am Tag der 35. Plenarversammlung, also dem 18. Mai, unterzeichneten die beiden Staaten in Bonn den Vertrag über die Schaffung



**Abb. 3: Die Außenminister Baker (USA), Hurd (Großbritannien), Schewardnadse (UdSSR), Dumas (Frankreich), de Maizière (DDR) und Genscher für die Bundesrepublik unterzeichnen am 12.9.1990 den Zwei-plus-vier-Vertrag.**

einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. (Wie bei der 34. Plenarversammlung also wieder ein ganz besonderer Tag, so als würde sich die große Politik am Kalender unseres Fakultätentages orientieren ...). Der Weg zur Deutschen Einheit hatte ein zunächst nicht für möglich gehaltenes Tempo gewonnen. Allen Beobachtern war klar, dass die Prozesse unumkehrbar waren.

Mit dieser Entwicklung hatte sich auch der Vorsitzende des Fakultätentages, Herr Kollege Gunzenhäuser (Stuttgart), in den ersten Monaten des Jahres 1990 intensiv beschäftigt und bereitete für die Versammlung in Koblenz einen eigenen Tagesordnungspunkt "Zusammenarbeit mit Hochschulen der DDR" vor. Er hatte im Vorfeld im Kollegenkreis nach aufgetretenen Fragen im Tagesgeschäft von Studium und Lehre gefragt und ließ auf der Versammlung über die bis Mai 1990 bereits erfolgten Absprachen und ersten Kooperationen mit wissenschaftlichen Hochschulen im Gebiet der – wie es hieß – "derzeitigen DDR" berichten. Der Fakultätentag hatte auch bereits

bei einer Studie der Gesellschaft für Informatik (GI) über die Bedarfslage und entsprechende Maßnahmen zur Weiterbildung von Informatikern in der DDR vom Februar 1990 mitgewirkt.

Die Mitglieder des Fakultätentages waren vor der Koblenzer Plenarversammlung in zwei Schreiben über die jeweils aktuelle Situation informiert worden. Auch war bereits vor Mai eine Kommission des Fakultätentages eingesetzt worden, deren Aufgabe es sein sollte, gemeinsam mit Vertretern von Informatik-Studiengängen an Osthochschulen einen Arbeitskreis "Informatik an deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen" zu gründen. Diese, vom Fakultätentag dann offiziell auf der Plenarversammlung am 18.5.1990 eingesetzte Kommission, hinsichtlich ihrer Zielsetzung und geplanten Öffnung für eingeladene Vertreter der betreffenden DDR-Hochschulen als Arbeitskreis bezeichnet, bestand aus den Kollegen Appelrath (Oldenburg) als Vorsitzender, Alber (Braunschweig), Siefkes (Berlin) und Wagner (Würzburg).

Bei der Diskussion in Koblenz war man mehrheitlich der Meinung, außer den bereits begonnenen vielfältigen Kooperationen zunächst seitens des Fakultätentages keine weiteren offiziellen Schritte zu unternehmen, ehe nicht die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) die Frage ihrer Erweiterung auf DDR-Hochschulen in erkennbarer Weise gelöst hat. Dieses Junktim ließ sich allerdings kaum durchhalten, denn die von der Informatik forcierten Gespräche gewannen eine solche Eigendynamik, dass man mögliche, erst wesentlich später erkennbare Ergebnisse der WRK kaum abwarten konnte. Ohnehin lässt sich im Vergleich zu anderen Wissenschaften feststellen, dass die Informatik als vergleichbar ideologiefreie Disziplin bessere Randbedingungen bei der Diskussion des deutsch-deutschen Integrationsprozesses ihrer Studien- und Prüfungsordnungen hatte und diese auch konsequent nutzte.

Dies wurde auch deutlich, als der Vorsitzende Gunzenhäuser am 28.5.1990 vor dem Präsidium der WRK die bisherige Zusammenarbeit der Informatik vorstellte: Er betonte die vom Fakultätentag zwar koordinierte, aber ansonsten dezentral und autonom verfolgten Aktivitäten der einzelnen Mitgliedshochschulen sowie des vom Fakultätentag nur "indirekt" eingesetzten Arbeitskreises. Sicher eine taktische Meisterleistung des Fakultätentages, die die notwendigen Aktivitäten vorantrieb, ohne dass der Fakultätentag selbst für jeden Schritt Rechenschaft ablegen musste. Die WRK zeigte Verständnis für die bisherige Vorgehensweise der Informatik, nachdem im Vorfeld gewisse Irritationen aufgetreten waren. Man erzielte Konsens zwischen WRK und Fakultätentag, dass die erkennbar rasche politische Entwicklung es nahe legen würde, den Hochschulen der "Noch-DDR" mit einem Diplomstudiengang

Informatik vielleicht sogar schon während der nächsten Plenarversammlung im November eine Aufnahme in den Fakultätentag anzubieten und das übliche zweistufige Aufnahmeverfahren zu beginnen, sofern von den dortigen Hochschulen Anträge vorgelegt würden. Diese realpolitische und ganz pragmatische Betrachtung basierte auf der Erkenntnis, dass es voraussichtlich schon zum Zeitpunkt der nächsten Plenarversammlung zur Deutschen Einheit gekommen sein würde, so dass gerade im Interesse der Studierenden Kompatibilitätsfragen des Studiums und der darin erzielten Abschlüsse notwendig waren.

Außerdem zeigte sich aufgrund der zunehmend intensivierten Kontakte von Mitgliedern des Fakultätentages zu Informatikeinrichtungen der östlichen Hochschulen, dass an den dort führenden Universitäten bereits seit vielen Jahren Studiengänge auf anspruchsvollem Niveau und mit einem dem Stand der internationalen Informatik entsprechenden Fächerspektrum etabliert waren. Im Bereich der mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen Grundlagenausbildung hatten diese Studiengänge keinen Vergleich mit Studiengängen in den alten Bundesländern zu scheuen. Unübersehbare Defizite gab es aber im Bereich der Praktischen und der Technischen Informatik, resultierend aus der völlig unzureichenden Ausstattung mit leistungsfähiger Hard- und Software, und folgerichtig auch in einigen Gebieten der Angewandten Informatik. Es bestand Konsens, dass sich diese Mängel mit finanzieller Unterstützung der Länder und vor allem des Bundes sowie der Hilfe durch führende Computerfirmen relativ schnell überwinden ließen. (Neben leider vielen schlechten Beispielen von Herstellern, die leicht veraltete Hardware ohne ausreichende Einführungsunterstützung und Dokumentationen

an die DDR-Hochschulen lieferten, gab es auch sehr positive Beispiele, wobei IBM Deutschland mit dem Engagement von Herrn Dr. Blaser eine besonders lobenswerte Rolle spielte.)



Abb. 4: TH Leipzig

Die vom Fakultätentag eingesetzte Kommission tagte gemeinsam mit Vertretern von Informatik-Studiengängen der Osthochschulen erstmals am 6.6.1990 an der TH Leipzig (siehe Abb. 4) und konstituierte sich als "Arbeitskreis Informatik an deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen". Dem AK sollten neben den persönlichen, vom Fakultätentag delegierten Kommissionsmitgliedern (ohne Vertretungsregelung) als Institutionen die Sektionen bzw. Fachbereiche der DDR angehören, die einen Diplomstudiengang Informatik anboten. Es bestand die Möglichkeit, als Gäste solche Einrichtungen einzuladen, die einen Diplomstudiengang Informatik vorbereiteten. Eingeladen waren zur 1. Sitzung dieses AK Vertreter der insgesamt sieben sogenannten Informatik-Sektionen der DDR (siehe Abb. 5), die auch komplett erschienen (in Klammern sind die jeweiligen Teilnehmer des Leipziger Treffens aufgeführt): Humboldt-Universität Berlin (Prof. Schiemangk), TU Chemnitz (Prof. Mätzel), TU Dresden (Prof. Tzschoppe), TH Leipzig (Prof. Sebastian), Universität Leipzig (Prof. Laßner), TU Magdeburg

(Dr. Paul) und Universität Rostock (Prof. Kutschke). Hinzu kamen als Gäste die Universität Jena (Dr. Meinhardt) sowie die Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (Prof. Hübler). Es war ein Treffen mit einer ganz besonderen Atmosphäre, gekennzeichnet von einem noch sehr vorsichtigen Abtasten, einem zumindest teilweise spürbaren Mißtrauen und auch von Unsicherheit vor allem bei den Vertretern der Osthochschulen, was angesichts der teilweise turbulenten Ereignisse im noch laufenden Sommersemester an den DDR-Hochschulen auch durchaus verständlich war.

Eine Vorstellungsrunde der Teilnehmer der Leipziger Sitzung zum Auftakt diente nicht nur dem persönlichen Kennenlernen, sondern gleichzeitig der Vorstellung der Lehr- und Forschungssituation der einzelnen Sektionen bzw. Fachbereiche. Der Vorsitzende des Arbeitskreises erläuterte dann die vom Fakultätentag verfolgte Zielsetzung des AK sowie Satzung und Aufnahmeverfahren des Fakultätentages. Die DDR-Vertreter zeigten Interesse an einer Einladung zur nächsten Plenarversammlung im November, um dort zunächst als Gast teilzunehmen. Bei der ausführlichen inhaltlichen Diskussion von Strukturfragen der Informatikeinrichtungen in der DDR wurde deutlich, dass die GI-Studie "Zur Informatik-Situation in der DDR" vom 15.3.1990 als verbesserungswürdig angesehen wurde. Der AK verständigte sich deshalb darauf, selbst eine Broschüre herauszubringen, die eine aktualisierte Darstellung der Informatik-Ausbildungssituation der einzelnen Universitäten und Hochschulen beinhalten sollte. Um Missverständnissen vorzubeugen, sollte dabei eine Differenzierung in "Ist-Zustand" und "Perspektiven" angestrebt werden. Kritisch bewerteten die Teilnehmer die zu erwartende Situation im kommenden Wintersemester. Es wurde eine von Herrn Kollegen Siefkes

- Informatik-Sektionen der DDR
- Gäste



Abb. 5: Die Informatik-Sektionen der DDR

Berlin vorgelegte Stellungnahme verabschiedet, in der auf die Gefahr eines "Überlaufs" der Informatik-Studiengänge in der Bundesrepublik Deutschland, vor allem im Westen Berlins, hingewiesen wurde und Maßnahmen zur Abwehr erörtert wurden. Insbesondere soziale und finanzielle Gründe könnten Studienanfänger aus der DDR dazu verleiten, an bereits durch Überlast gekenn-

zeichneten Hochschulen der alten Bundesländer ihr Studium aufzunehmen, wenn nicht eine einheitliche Verteilung der Studienplätze durch die ZVS in Dortmund erfolgen würde. Zum Abschluss der Leipziger Sitzung verabredete man sich für ein weiteres Treffen, das am 17.9.1990 in Gosen bei Berlin stattfinden sollte.



**Abb. 6: Technische Universität Dresden**

Als offenbar letzter Anlauf zu einer nur innerhalb der "Noch-DDR" geführten Diskussion von Ausbildungsstandards im Bereich der Informatik erfolgte eine Sitzung des Vorstands des Wissenschaftlichen Beirats für Informatik der Rektorenkonferenz der DDR (davor war der Beirat beim Ministerium für Hoch- und Fachhochschulwesen der DDR angesiedelt) am 20.7.1990 am Informatikzentrum der TU Dresden (siehe Abb. 6). Dort ging es um ein sogenanntes Rahmenausbildungsprogramm zur Ausbildung von Diplom-Informatikern und um eine Rahmenordnung für die Diplomprüfung im Studiengang Informatik. Es bestand ja Handlungsbedarf, da z.B. die noch gültige Verordnung über die akademischen Grade der DDR Formulierungen wie die folgenden enthielt: "Die Verleihung akademischer Grade setzt voraus, dass man einen Beitrag zur Gestaltung des entwickelten, gesellschaftlichen Systems des Sozialismus leistet ..." und "... bei Kenntnissen zum modernsten Stand der Wissenschaftsentwicklungen sollte insbesondere der Stand der Sowjetunion berücksichtigt werden".

In Abstimmung mit dem Arbeitskreis forderte der

Fakultätentags-Vorsitzende, Herr Kollege Gunzen- In Abstimmung mit dem Arbeitskreis forderte der Fakultätentags-Vorsitzende, Herr Kollege Gunzenhäuser, in einem Schreiben vom 20.8.1990 an den damaligen Bundesbildungsminister Möllemann eine finanzielle Unterstützung der Bundesregierung für die Bereitstellung von Hard- und Software an den Hochschulen der "jetzigen DDR". Nach ersten Berechnungen, die sich auf Zahlen einer früheren GI-Kommission stützten, hielt der Fakultätentag eine Summe von zunächst mindestens 18 Mio. DM für erforderlich, um die Ausbildung in den Diplomstudiengängen Informatik sowie im Nebenfach Informatik und in der Grundlagenausbildung an den wissenschaftlichen Hochschulen der DDR auf moderne Hard- und Softwareplattformen zu stellen.

Am 17.9.1990 fand im damaligen Wissenschaftlichen Kommunikations- und Kongreßzentrum der Humboldt-Universität in Gosen/Berlin (siehe Abb. 7) die 2. Sitzung des Arbeitskreises statt. Die Zusammensetzung der teilnehmenden Osthochschulen, einschließlich der beiden Gäste, war gegenüber der 1. Sitzung in Leipzig unverändert geblieben.



**Abb. 7: Konferenz- und Hotelzentrum Gosen**

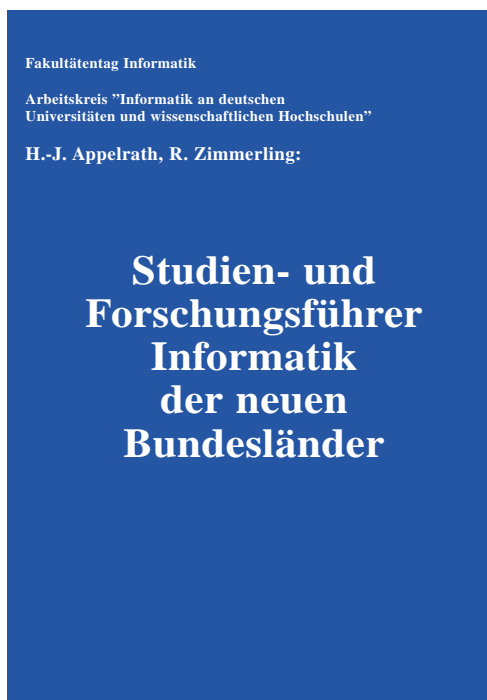
Bei der Bestandsaufnahme der Anfängerzahlen zum Wintersemester 1990/91 wurden für die insgesamt sieben DDR-Standorte mit Informatik-Studiengang 805 Anfänger ermittelt, wobei man weitere Bewerber aufgrund mangelnden Wohnraums für die Studierenden, fehlender Seminarräume und unzureichender apparativer Ausstattung nicht hatte annehmen können. Die Gesamtbewerberzahl in der "alten" Bundesrepublik Deutschland lag jedoch erstmals niedriger als im Vorjahr, der Anteil aus dem Gebiet der Noch-DDR, die an Hochschulen der alten Bundesländer studieren wollten, war geringer als noch auf der Leipziger Sitzung im Juni 1990 befürchtet ausgefallen. (Bei einer späteren Bestandsaufnahme stellte sich allerdings heraus, dass die Anfängerzahlen an den Osthochschulen doch deutlich hinter den noch in Gosen angegebenen Zahlen zurückgeblieben waren.) Die oben angesprochene Rahmenordnung der DDR-Rektorenkonferenz für den Studienjahrgang 1990/91 wurde dann auch in der AK-Sitzung thematisiert. Die Kollegen aus den neuen Bundesländern dankten für die zahlreichen, von den Mitgliedern des Fakultätentages inzwischen eingetroffenen Studien- und Prüfungsordnungen, die eine wesentliche Hilfe bei der Erarbeitung entsprechender neuer Ordnungen an den Osthochschulen darstellten.

Breiteren Raum nahm dann die Diskussion um das Verfahren zur Aufnahme in den Fakultätentag ein. Als Zeitpunkt wurde von den Vertretern der Osthochschulen die nächste Plenarversammlung am 16.11.1990 in Dortmund angestrebt. Die Standorte Berlin, Chemnitz, Dresden, Magdeburg und Rostock kündigten bereits konkret entsprechende Anträge an, während die beiden Leipziger Vertreter erst die aktuellen Strukturdiskussionen in Sachsen abwarten wollten. Um die Behandlung auf der nächsten Plenarversammlung und Diskussionen in anderen Gremien auf eine einheitliche Basis zu stellen, verständigte sich der Arbeitskreis auf die baldige Herausgabe des bereits in Leipzig diskutierten "Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer". Diese Broschüre sollte unter Herausgabe des AK-Vorsitzenden Appelrath und seines Mitarbeiters Dr. Zimmerling im Herbst vorliegen und unter anderem folgende Punkte zu allen Informatikeinrichtungen der DDR enthalten: Geschichte des Standortes, Darstellung der Arbeit und Forschungsgebiete der einzelnen Hochschullehrer sowie genau eine (dies stellte sich als ein besonderes Problem heraus!) Adresse zur Kontaktaufnahme. Auf eine Darstellung der sogenannten instrumentellen Ausstattung wurde verzichtet. Getrennt von dem Ist-Zustand der Standorte mit dem Stichtag 15.10.1990 sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, auch Planungen und Perspektiven der einzelnen Standorte zu skizzieren. In einem weiteren Tagesordnungspunkt wurde in Gosen die Verbesserung der Rechnersituation an den Ost-hochschulen behandelt. Dabei wurde zunächst von deren Vertretern die Schenkungsaktion "Rechner für die DDR" vom 3.7.1990 bei der GMD gewürdigt, andererseits aber auch Kritik an der Umsetzung der Zusagen geäußert. Für eine evtl. weitere Mittelbereitstellung, z.B. vom Bundesminister für Bildung

und Wissenschaft, sollte ein aktualisierter Verteilungsschlüssel zugrunde gelegt werden, der sich an der Gesamtanzahl der Studierenden im Hauptfach Informatik mit Stand vom September 1990 orientierte. Danach sollte die TU Dresden alleine mehr Mittel bekommen, als sämtliche anderen Hochschulen zusammen.

Mit der Erläuterung einiger für die Vertreter der Osthochschulen bisher ungewohnter Begriffe wie Kapazitätsverordnung und Curricular-Normwert fand das Gosener Treffen am 17.9.1990 seinen Abschluss. Die Teilnehmer verständigten sich darauf, am Nachmittag vor der nächsten Plenarversammlung, also am 15.11.1990, in Dortmund zu ihrer 3. Sitzung zusammenzukommen.

Diese angesichts der zeitlichen Randbedingungen relativ kurze 3. Sitzung des Arbeitskreises nahm zunächst zur Kenntnis, dass inzwischen acht Aufnahmeanträge für die am nächsten Tag stattfindende Plenarversammlung des Fakultätentages vorlagen. Diese kamen aus Berlin, Chemnitz, Dresden, zweimal Leipzig, Magdeburg, Rostock sowie Weimar. Die Vertreter der Osthochschulen baten um ein positives Votum, das sie in Diskussionen innerhalb ihrer Hochschulen und mit den Landesministerien unterstützen würde. Deshalb sollte der Fakultätentag erwägen, die übliche Behandlung der Anträge mit Kenntnisnahme (1. Lesung) und Beschlussfassung auf der nächsten Plenarversammlung (2. Lesung) zu beschleunigen. Die Kommissionsvertreter des Fakultätentages machten aber bereits im AK deutlich, dass es hierfür wohl kaum eine Zustimmung der Plenarversammlung geben werde. Ein weiterer Tagesordnungspunkt war die Frage, ob bei der Verteilung von Studienplätzen bereits für das Studienjahr 1991/92 ein einheitliches Verfahren in der



**Abb. 8: Titelseite „Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer“**

gesamten Bundesrepublik Deutschland stattfinden solle. Mehrheitlich war man der Meinung, dass noch ein getrenntes Verfahren erfolgen müsse, d.h. Bewerber und Bewerberinnen sollten je nach ihrem Wunsch einen Platz in den alten oder in den neuen Bundesländern erhalten. Erfreut zeigte sich der Arbeitskreis, dass der "Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer" [Appel90] nun vorlag (siehe Abb. 8). Er sollte in ausreichender Anzahl an alle Hochschulen mit Informatik-Studiengängen in den alten und neuen Bundesländern sowie an Ministerien, Hochschulrektorenkonferenz, GI, Verbände usw. verteilt werden. Die Bitte der anwesenden Gäste (neben Jena und Weimar waren erstmals zusätzlich vertreten die Standorte Greifswald, Halle, Ilmenau und Merseburg), in einem Nachtrag zum Studien- und Forschungs-



**Abb. 9: Universität Dortmund**

führer ebenfalls dargestellt zu werden, wurde vom AK unterstützt. Als Zeitpunkt und Ort für das nächste, voraussichtlich letzte Treffen des AK wurde der 1.3.1991 in Magdeburg vereinbart.

Die 36. Plenarversammlung des Fakultätentages Informatik fand am 16.11.1990 in der Universität Dortmund (siehe Abb. 9) statt. Seit der letzten Plenarversammlung im Mai in Koblenz waren alle wesentlichen Weichenstellungen für die Deutsche Einheit erfolgt. So hatten am 20. September Bundestag und Volkskammer dem Einigungsvertrag zugestimmt, einen Tag später verabschiedete der Bundesrat den Vertrag. Im Oktober war die DDR nach Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland beigetreten. Am 14. Oktober hatten in den fünf neuen Bundesländern nach mehr als vier Jahrzehnten die ersten freien Landtagswahlen stattgefunden, und als sich die Mitglieder und Gäste des Fakultätentages Informatik in Dortmund trafen, waren auch die beiden letzten wesentlichen Etappen terminiert: Am 2. Dezember sollten die ersten gesamtdeutschen Wahlen und am 20. Dezember 1990 die

konstituierende Sitzung des 12. Deutschen Bundestages in Berlin stattfinden.

Vor diesem politischen Hintergrund hatte die Dortmunder Plenarversammlung auch für den Fakultätentag eine besondere historische Dimension. Erstmals nahmen auch Vertreter der Informatik-Studiengänge aus den fünf neuen Bundesländern teil. Um das persönliche Kennenlernen für die vielen Kollegen des Fakultätentages, die nicht dem Arbeitskreis angehörten, zu erleichtern, waren zum Treffen am Vorabend in einem gastlichen Wirtshaus am Dortmunder Markt bereits Kollegen der Humboldt-Universität Berlin, der TU Chemnitz, der TU Dresden, der Universität Greifswald, der Universität Halle-Wittenberg, der TH Ilmenau, der Universität Jena, der TH Leipzig, der Universität Leipzig, der TU Magdeburg, der Universität Rostock und der Hochschule Weimar eingeladen und auch komplett, teilweise durch mehrere Vertreter, anwesend.

Im Vorfeld der Plenarversammlung hatte es kritische Kommentare, in Einzelfällen durchaus auch heftige Kritik an der Praxis des Fakultätentages, insbesondere des von ihm eingesetzten Arbeitskreises und dessen Vorsitzenden Appelrath gegeben, weil als Vertreter der DDR-Informatikeinrichtungen offenbar auch politisch belastete Personen in Dortmund zu erwarten waren. Hierzu hatten sich der Fakultätentagsvorsitzende Gunzenhäuser und der Leiter des Arbeitskreises Appelrath aber wiederholt einvernehmlich darauf verständigt, keine eigenen Bewertungen vorzunehmen – weil sie das auch schlichtweg überfordert hätte –, sondern auf die bereits eingeleiteten Überprüfungs- und Erneuerungsprozesse in den neuen Bundesländern zu vertrauen. Gleichwohl zeigten die beiden Verständnis dafür, dass

Kollegen in den alten Bundesländern sich persönlich getroffen fühlten, wenn sie politisch belasteten Kollegen gegenübertraten, unter deren Behinderungen sie möglicherweise früher selbst hatten leiden müssen. Es gelang aber vor und während der Plenarversammlung in Dortmund diese beiden Positionen durchaus einvernehmlich darzustellen, so dass man sich bei den anstehenden Beratungen mit gegenseitigem Verständnis auf die inhaltlichen Fragen konzentrieren konnte.

Die 36. Plenarversammlung diskutierte am 16.11.1990 dann mit den geladenen Gästen der Osthochschulen deren Zusammenarbeit mit Universitäten und Hochschulen der alten Bundesländer und stellte gemeinsam fest, dass diese Zusammenarbeit gute Fortschritte mache. Man würdigte die vom Arbeitskreis geleistete, als sehr gut bewertete Arbeit und legte den vom Arbeitskreis herausgebrachten "Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer" der Öffentlichkeit vor. Die Plenarversammlung dankte ausdrücklich den Mitgliedern dieses Arbeitskreises aus den neuen und alten Bundesländern und verständigte sich darauf, die Aufnahme der Hochschulen mit fachlich fundierten Diplomstudiengängen Informatik in den Fakultätentag wie vorgesehen weiterzuverfolgen. Man verwies dazu auf die bereits angelaufene Aktion der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Nachfolgerin der WRK, die die Aufnahmeanträge von aktuell 29 Hochschulen der neuen Länder prüfe. Unmittelbar nach der Plenarversammlung des Fakultätentages hat die HRK auch darüber entschieden und die neu aufgenommen Hochschulen jeweils einem bestimmten Hochschultyp zugeordnet, wobei die Zuordnung zu den Typen, etwa Universität oder Fachhochschule, naturgemäß auch Auswirkungen auf die Frage der

Aufnahme in den Fakultätentag Informatik haben musste.

Auf der Dortmunder Plenarversammlung hatten die Vertreter der eingeladenen Hochschulen aus den neuen Bundesländern Gelegenheit, dem Fakultätentag über ihre Studiengänge zu berichten, erste Vorstellungen zu ihrer Umgestaltung und Neuorientierung darzulegen und sich zu Fragen der Integration der Osthochschulen in den Fakultätentag zu äußern. Der Verlauf der Diskussion spiegelte auch den Stand der Umbruch- und Integrationsphase im deutschen Hochschulwesen wider. Während einige Einrichtungen erstmalig mit ihren demokratisch gewählten Führungskräften auftraten, hatte der Prozess der personellen Erneuerung an anderen Hochschulen noch nicht begonnen oder war zumindest noch nicht abgeschlossen. So kamen auch Gäste zu Wort, die letztmals für ihren Standort sprachen, weil danach aufgrund von politischen Evaluierungen oder durchgeführten Neuwahlen andere Kollegen an die Spitze der dortigen Fakultäten und Fachbereiche gewählt wurden. Gesamtenor der Diskussionsbeiträge war, dass der Fakultätentag Informatik sich rasch bemühen möge, eine Aufnahme von Hochschulen der neuen Bundesländer in den Fakultätentag durchzuführen und vor allem durch pragmatische Regelungen seiner bisherigen Mitgliedshochschulen für eine weitgehende Kompatibilität der Studien- und Prüfungsordnungen zu sorgen.

Hinsichtlich der Modalitäten des Aufnahmeprozesses offenbarten sich zwei unterschiedliche Standpunkte. Dem im Fakultätentag üblichen Prozedere der Einzelantragsprüfung auf der Basis von Struktur, Leistungsvermögen und Profil des jeweiligen Standortes stand der von einigen Ver-

tretern östlicher Hochschulen vorgetragene Wunsch gegenüber, die Gesamtheit aller Informatikeinrichtungen durch einen gemeinsamen Aufnahmeakt in den Fakultätentag zu integrieren. Diesem undifferenzierten und nicht leistungsorientierten Vorgehen hatte zuvor jedoch die HRK schon eine Abfuhr erteilt. Neben dem politischen Motiv kam hier offensichtlich noch hinzu, dass einige Hochschulen "in der Masse" den Sprung in den Fakultätentag schaffen wollten, obwohl sie in der Vergangenheit den Nachweis ihrer Leistungsfähigkeit nicht erbracht hatten und Strukturentscheidungen zu ihrer Verbesserung noch nicht absehbar waren.

Mit bemerkenswerter Einstimmigkeit beschloss dann die Plenarversammlung in Dortmund folgende Resolution:

- Der Fakultätentag Informatik begrüßt auf seiner 36. Plenarversammlung am 16.11.1990 in Dortmund erstmals Vertreter folgender Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen aus den neuen Bundesländern, die bereits einen Diplomstudiengang Informatik anbieten: Humboldt-Universität zu Berlin, Technische Universität Chemnitz, Technische Universität Dresden, Universität Leipzig, Technische Hochschule Leipzig, Technische Universität Magdeburg und Universität Rostock.
- Ebenso heißt er Gäste von Hochschulstandorten der neuen Bundesländer willkommen, die bisher eine Nebenfach-Informatik anbieten: Universität Greifswald, Universität Halle-Wittenberg, Technische Hochschule Ilmenau, Universität Jena, Technische Hochschule Merseburg und Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar.
- Der Fakultätentag Informatik unterstreicht die Notwendigkeit, die Informatik an den Hoch-

schulen der ehemaligen DDR nachhaltig zu fördern. Es sind insbesondere deutliche Verbesserungen in der baulichen sowie der rechner-, kommunikations- und medientechnischen Infrastruktur notwendig, um eine qualifizierte wissenschaftliche Informatikausbildung zu sichern.

- Der Fakultätentag Informatik begrüßt die Absicht der Informatik-Fakultäten und Fachbereiche der Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen der neuen Bundesländer, dem Fakultätentag Informatik beizutreten. Um die Prüfung der Aufnahmeanträge zu beschleunigen, setzt der Fakultätentag eine Kommission ein, die die Anträge würdigt und Empfehlungen zur Aufnahme geben wird. Dieser, von der Plenarversammlung eingesetzten Kommission mit der Bezeichnung "Aufnahmeanträge von Hochschulen aus den neuen Bundesländern", kurz Aufnahme-Kommission, gehörten die Professoren Appelrath (Vorsitz), Alber, Brandenburg, Görke, Gunzenhäuser, Siefkes und Wagner sowie als Gast Herr Weber von der HRK an. Es war also der "alte", bereits etablierte Arbeitskreis ergänzt um den Vorsitzenden des Fakultätentages und seine beiden Stellvertreter, was dieser neuen Kommission ein besonderes Gewicht verlieh. Diese so gebildete "Aufnahmekommission" ist auch der Vorläufer für die inzwischen etablierte Praxis im Fakultätentag, Aufnahmeanträge nicht gleich im Plenum – wie es bis dahin der Fall war – zu behandeln, sondern von einer Kommission vorab differenziert prüfen und in der Plenarversammlung über das Ergebnis berichten zu lassen. Abschließend konnte der Vorsitzende dann noch auf der Dortmunder Plenarversammlung die erfreuliche Mitteilung machen, dass aufgrund eines Antrags des Fakultätentages der

Bundesbildungsminister einen Betrag von 15 Mio. DM für neue Hard- und Softwareplattformen an den Hochschulen der früheren DDR bereitgestellt habe, um die Ausbildung in den Diplomstudiengängen Informatik sowie im Nebenfach Informatik und in der Grundlagen- ausbildung zu unterstützen.

Die vom Fakultätentag im November eingesetzte Aufnahme-Kommission tagte am 17.1.1991 in Stuttgart. Neben den acht bereits in Dortmund auf der Plenarversammlung vorliegenden Aufnahme- anträgen war zusätzlich als neunter Antrag der von der TH Ilmenau hinzugekommen. Bevor die einzelnen Anträge im Detail gewürdigt wurden, wurde zunächst durchaus kontrovers diskutiert, mit welcher Strategie die Antragsbehandlung er- folgen sollte. Einerseits spielte die in der HRK behandelte Integration auf Hochschulebene eine Rolle, zu der der HRK-Vertreter den aktuellen Sach- stand vortrug. Es ging um das schlichte, aller- dings auch brisante Problem, ob der Fakultäten- tag Informatik ein Mitglied aufnehmen könne, dessen Hochschule möglicherweise nicht den Status "Wissenschaftliche Hochschule" zu erwar- ten habe. Man musste also abwägen, ob man einen positiven Bescheid des Fakultätentages dann später notfalls korrigieren müsse oder die Gefahr eines solchen Schrittes gleich von vorn- herein ausklammern wolle. Andererseits spielte in der grundsätzlichen Aussprache der Kommission eine Rolle, welche Kriterien bei der Behandlung der Aufnahmeanträge bemüht werden sollten. Im Vorfeld der Stuttgarter Sitzung hatten einige Kommissionsmitglieder dafür votiert, neben den objektiv feststellbaren, inhaltlich orientierten Kriterien auch "politische" Einschätzungen be- züglich der historischen Belastung des Stand- ortes sowie des bereits vollzogenen oder noch

immer verzögerten Erneuerungsprozesses zu be- mühen. Man verständigte sich aber schließlich einvernehmlich darauf, diese letztgenannten Gesichtspunkte weitgehend zurückzustellen.

Auf dieser Basis wurden dann die vorliegenden neun Anträge erörtert. Den antragstellenden Informatikeinrichtungen wurde in einem Schreiben mit Datum vom 24.1.1991 vom Vorsitzenden des Fakultätentages eine jeweils zweigeteilte Antwort der Aufnahmekommission mitgeteilt. Im ersten Teil wurde vor dem Hinter- grund der noch laufenden Diskussionen in der HRK und in den einzelnen Bundesländern um er- gänzende Antworten zu den Auswirkungen hoch- schulpolitischer Entscheidungen des Landes auf die im jeweiligen Antrag angegebene Anzahl und fachliche Zuordnung der Professuren und Dozen- turen gebeten. Im zweiten, auf den fachlichen Inhalt des jeweiligen Antrags bezogenen Teil wurde je nach Standort eine Antwort zu Fragen des Profils, der fachlichen Breite, der Ausrichtung einzelner Professuren, zur personellen und sachli- chen Ausstattung sowie zu den vorliegenden Prüfungs- und Studienordnungen erbeten. Es gab im Brief abschließend erste Empfehlungen zu notwendigen Strukturentscheidungen an den ent- sprechenden Osthochschulen und an alle Antrag- steller die Bitte, auf die beiden Fragenkomplexe bis spätestens 1. Mai zu reagieren, um den An- trag auf der nächsten Plenarversammlung am 7.6.1991 behandeln zu können. Dieses mitgeteil- te Ergebnis der Kommissionssitzung fand nicht bei allen Adressaten Zustimmung. Mitunter war Enttäuschung spürbar, dass die Anträge von der Kommission nicht noch konstruktiver behandelt worden waren. Außerdem sah man bei den Kollegen an den Informatikeinrichtungen der neuen Bundesländer Probleme, die allgemeinen

hochschulpolitischen Fragen aus dem ersten Teil des Briefes kompetent und abschließend beant- worten zu können, da die Strukturentscheidungen der jeweiligen Landesregierungen oder Wissen- schaftsministerien voraussichtlich noch länger auf sich warten lassen würden.

Eine weitere Aufgabe der Aufnahme-Kommission war die Beschäftigung mit der Anerkennung von in der DDR erworbenen Abschlüssen. Mit Datum vom 23.1.1991 hatte die HRK den Fakultätentag Informatik gebeten, eine Einschätzung der inhaltlich "nahestehenden" Hochschulabschlüsse (ohne Staatsexamina) der ehemaligen DDR vorzu- nehmen. Dazu sollten die Abschlüsse Fallgruppen zugeordnet werden, um auf dieser Basis die in Art. 37 des Einigungsvertrages aufgeworfene Frage der Gleichwertigkeit von Abschlüssen im Beitrittsgebiet und in den alten Bundesländern incl. West-Berlin beantworten zu können. Die Kommission bat zunächst die Osthochschulen um eine Selbsteinschätzung ihrer Informatik-Studien- gänge, konkret um Antwort auf die Frage der HRK und um gleichzeitige Präzisierung durch Angabe von Zeiträumen, Bezeichnungen, akademischen Graden usw. der einzelnen Hochschulabschlüsse. Die resultierende Zusammenfassung brachte eine Reihe von Problemen zutage und führte auch zu teilweise kontroversen Diskussionen. Die von der HRK zusammengestellte Liste war nicht vollstän- dig und in den Bezeichnungen nicht immer kor- rekt. So war es wichtig, zunächst alle Hochschul- abschlüsse der Informatik vollständig, konsistent und aussagekräftig (z.B. Zeiträume des Studien- beginns und der Zeugnisvergabe, Fachrichtung/ Studiengang, verliehener akademischer Grad, Anzahl der Absolventen und zugeordnete Fall- gruppe) zu erfassen, um Kompatibilitätsfragen bei Studienortwechseln klären zu können.

Für zusätzliche Unruhe sorgte eine Stellungnahme des Fachbereichstages Informatik an den Fach- hochschulen vom 26.4.1991 mit der Einschätzung, dass nur einige Informatik-Studiengänge an Ost- hochschulen der „Fallgruppe 1“ (Gleichwertigkeit mit dem Dipl.-Informatik-Abschluß an wissen- schaftlichen Hochschulen) zuzuordnen und die anderen Studiengänge im wesentlichen mit Fach- hochschul-Studiengängen zu vergleichen seien. Die Diskussion um die Zuordnung von Abschlüssen wurde allerdings vom AK und vom Fakultätentag nicht vertieft, das Problem löste sich "von alleine".

Spätestens im Jahr 1991 nahmen an allen Hoch- schulen der neuen Bundesländer verschiedene Formen von Evaluierungs-, Überleitungs-, Struktur- und Berufungskommissionen ihre Arbeit auf, die – insbesondere die drei letztgenannten – maßgeblich von Kollegen aus den alten Bundes- ländern gebildet wurden. Hier war vor allem der Fakultätentag Informatik, speziell die von ihm eingesetzte Kommission, Ratgeber und Vermittler für die Auswahl von Kollegen. Eine Übersicht über das dabei gezeigte, auch persönliche Engagement würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen.

Zurück zur Arbeit des vom Fakultätentag einge- setzten Arbeitskreises: Die 4. und letzte Sitzung des AK am 1.3.1991 in der Universität Magdeburg (siehe Abb. 10) sah neben den persönlichen, vom Fakultätentag delegierten Kollegen unter den Teilnehmern wieder die sieben bekannten Ein- richtungen mit bis dahin eigenen Informatik- Studiengängen (von denen sich nur der an der TH Leipzig nicht durchsetzte) und nun auch die gleichen Gäste wie auf der 3. Sitzung in Dortmund. Eine Diskussion der in der "Aufnahmekommission" vorliegenden und dort behandelten Aufnahme- anträge für den Fakultätentag wurde bewusst in



**Abb. 10: Universität Magdeburg**

den Hintergrund gestellt. Breiteren Raum nahmen Überlegungen zu einer verbesserten Unterstützung der Informatikeinrichtungen an den Osthochschulen durch den Fakultätentag ein.

Es bestand der Wunsch, bei den aktuell anstehenden Diskussionen innerhalb der Hochschulen und mit den neuen Landesministerien eine klare Stellungnahme des Fakultätentages etwa mit folgendem Tenor vorweisen zu können: "Die Informatik wird auch in den neuen Bundesländern ein stark nachgefragter Studiengang sein. Es muss daher in Relation zu den Alt-Bundesländern nach Wegfall aller Restriktionen mit etwa 1.500 Studienanfängern in den neuen Bundesländern gerechnet werden. Diese Studienplätze sind unbedingt dort anzubieten, da in den alten Bundesländern keine freien Kapazitäten bestehen, im Gegenteil, immer noch eine beträchtliche Überlast zu betreuen ist". Dieser Wunsch der Osthochschulen wurde durch eine entsprechende gemeinsame Empfehlung von GI und Fakultätentag noch im April 1991 erfüllt. Weitere Tagesordnungspunkte auf der Magdeburger AK-Sitzung am 1.3.1991 waren die Rahmenordnung zur Diplomprüfung Informatik (hier waren die spezifischen Aspekte der neuen Bundesländer

wie "Praktikum außerhalb der Hochschule" und "Verteidigung der Diplomarbeit" zu berücksichtigen), Anerkennung von DDR-Studienabschlüssen und Neuauflage des Studien- und Forschungsführers (hier wurde die Herausgabe einer aktualisierten und um zusätzliche Standorte erweiterten 2. Auflage besprochen). Der AK stellte übereinstimmend fest, dass die bei Gründung des Arbeitskreises vereinbarte Zielsetzung in wesentlichen Punkten erreicht sei bzw. die weiteren Schritte aus Sicht der Hochschulen der neuen Bundesländer über den Mitglieds- oder Gästestatus innerhalb des Fakultätentages vollzogen werden könnten. Der Arbeitskreis beschloss deshalb einstimmig, sich aufzulösen, aber durch seinen Vorsitzenden noch notwendige Publikationen erledigen zu lassen.

Die 37. Plenarversammlung des Fakultätentages Informatik fand am 7.6.1991 im Internationalen Begegnungs- und Forschungszentrum für Informatik in Schloss Dagstuhl (siehe Abb. 11) statt. Die 2. und in dieser Zusammensetzung letzte Sitzung der im November '90 in Dortmund eingesetzten Aufnahme-Kommission hatte am Nachmittag des Vortages stattgefunden. Es waren die eingetroffenen Antworten der antragstellenden Hochschulen abschließend gewürdigt und eine Empfehlung für die Plenarversammlung beschlossen worden. Das Ergebnis wurde den Vertretern der Osthochschulen schon am Vorabend mitgeteilt und bei den nicht positiv beschiedenen Antragstellern um Verständnis für das Votum der Kommission gebeten.

Auf der Plenarversammlung selbst verabschiedete der Fakultätentag zunächst seinen Vorsitzenden, Herrn Kollegen Gunzenhäuser, nach vierjähriger, erfolgreich geleisteter Arbeit und behandelte unter seinem neuen Vorsitzenden, Herrn Kollegen



**Abb. 11: Internationales Begegnungs- und Forschungszentrum für Informatik Schloss Dagstuhl**

Brandenburg (Passau), neben anderen wichtigen Tagesordnungspunkten natürlich auch wieder intensiv Fragen der Integration von Informatik-Studiengängen der neuen Bundesländer. Im Vorfeld hatte es ein Gespräch der Vorsitzenden der Fakultätentage gegeben, bei dem man sich über die unterschiedlichen Vorgehensweisen der Fakultätentage bei der Aufnahme neuer Mitglieder ausgetauscht hatte. Außerdem war sich der Fakultätentag Informatik mit den anderen Fakultätentagen einig, dass auf Dauer nur acht (voll) ausgebaute Universitäten und Technische Hochschulen in den neuen Bundesländern einschließlich Berlin/ Ost – wie von der HRK empfohlen – zu wenig seien. Der Plenarversammlung lagen auch die gemeinsam vom Präsidenten der GI, Herrn Prof. Dr. Schwärtzel, und dem Vorsitzenden des Fakultätentages Informatik verfassten Empfehlungen zum Ausbau der Informatik in den neuen Bundesländern vom 17.4.1991 vor, die bereits positive öffentliche Resonanz gefunden hatten, und auch dort zustimmend zur Kenntnis genommen wurden. Kernpunkte der Empfehlungen waren die Forderungen nach einer flächendeckenden Ein-

richtung von Informatik-Studiengängen, konkret der Bildung einer Informatik-Einrichtung an jeder großen Universität, und der Erhöhung der Studienanfängerplätze auf insgesamt 6.000 in der Bundesrepublik Deutschland, wovon 1.500 in den neuen Bundesländern einzurichten seien.

In der Plenarversammlung in Dagstuhl fasste Herr Kollege Appelrath die Aktivitäten des inzwischen aufgelösten Arbeitskreises zusammen, schilderte die Ergebnisse der Sitzungen von Aufnahme-Kommission und Arbeitskreis in Stuttgart, Magdeburg und Dagstuhl und kündigte für den Herbst die 2., inhaltlich ergänzte Auflage des "Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer" an. Unter dem mit Spannung erwarteten Tagesordnungspunkt "Aufnahme neuer Mitglieder" wurden zunächst die Vorarbeiten der Aufnahme-Kommission und die Reaktion der antragstellenden Hochschulen auf die von der Kommission gestellten Fragen geschildert. Durch die Verzögerung wichtiger politischer Entscheidungen war die Beantwortung der Fragen generell schwieriger als bei früheren Aufnahmeanträgen

von Hochschulen der "alten Bundesrepublik". Bei der Diskussion um die Aufnahmeanträge spielten Randbedingungen wie die Einordnung der betreffenden Hochschule durch die HRK, erfolgte oder noch offene Zusicherungen der jeweiligen Landesregierungen, die Struktur bisheriger Studiengänge und die in Vorbereitung befindlichen, partiell aber schon bekannten oder erwarteten Empfehlungen des Wissenschaftsrates eine Rolle. Bei allem Wohlwollen in der Plenarversammlung wollte man seitens des Fakultätentages diese politischen Entscheidungsprozesse nicht unter Druck oder gar Zugzwang setzen. Andererseits war aber klar, dass ein positives Votum des Fakultätentages den Neuaufbau bzw. die Umgestaltung des Hochschulwesens in den neuen Bundesländern und vor allem die sich in den dortigen Hochschulen engagiert für die Entwicklung der Informatik einsetzenden Kollegen unterstützen würde.

Seitens der Aufnahmekommission wurde dann von Herrn Kollegen Appelrath der Plenarversammlung die Aufnahme der TU Dresden und der Universität Rostock als Mitglieder in den Fakultätentag empfohlen. Die Größe und Tradition des Standortes Dresden sprächen für sich, und eine schriftliche Erklärung zum Standort Rostock aus dem „Kultusministerium in Mecklenburg-Vorpommern hätten diesbezügliche Restzweifel ausgeräumt. Es blieben zwar immer noch einige Fragen offen, aber mit der Aufnahme von zunächst Dresden und Rostock sollte ein deutliches Signal zur Integration der Informatikeinrichtungen der neuen Bundesländer gegeben werden. Die Plenarversammlung beschloss daraufhin jeweils einstimmig, die Technische Universität Dresden als 25. und die Universität Rostock als 26. Mitglied in den Fakultätentag Informatik aufzunehmen. Die anwesenden Vertreter der neuen Mitglieder, die

Kollegen Adler (Dresden) und Hantzschmann (Rostock), äußerten ihre Freude über diesen Beschluss und dankten für die Aufnahme.

Der Fakultätentag Informatik hatte ein deutliches Zeichen gesetzt und als erster(!) Fakultätentag Hochschulen aus den neuen Bundesländern aufgenommen! Ein erfreuliches Ergebnis konstruktiver Arbeit in den zurückliegenden 17 Monaten seit der Münchener Plenarversammlung am 1.12.1989. Diese mutige Entscheidung des Fakultätentages war ein deutlicher Vertrauensbeweis für zunächst zwei Informatikeinrichtungen in den neuen Bundesländern. Der weitere Verlauf des im Ost-Hochschulwesen notwendigen Umstrukturierungsprozesses zeigte, wie hilfreich die Anerkennung des Fakultätentages in dieser Zeit war und welche Signalwirkung davon ausging. So war z.B. an der Universität Rostock der Fachbereich Informatik lange Zeit der einzige Fachbereich, der Mitglied eines Fakultätentages war. Dieses Alleinstellungsmerkmal erwies sich als überaus hilfreich, als in Mecklenburg-Vorpommern auf der Basis eines Sondergesetzes die technischen Ausbildungsbereiche mehrerer Hochschulen im Rahmen einer neugegründeten Fakultät für Ingenieurwissenschaft in Rostock konzentriert wurden und in der dafür eingesetzten Gründungskommission Prof. Krüger (Karlsruhe) und Prof. Hantzschmann die Weichen für die weitere erfolgreiche Entwicklung der Informatik in Mecklenburg-Vorpommern stellen konnten.

Die 38. Plenarversammlung des Fakultätentages fand am 22.11.1991 an der Universität Bremen statt. Dort wurde zunächst der für viele überraschende Rückgang bei der Anzahl der Studienanfänger auf 4.570 bei einer nominellen Kapazität von 4.627 Plätzen diskutiert. An den Hochschulen

in den neuen Bundesländern gab es nach einer ersten schnellen Umfrage offenbar ca. 1.000 Studienanfänger im Diplomstudiengang Informatik. Im Gegensatz zu den letzten Plenarversammlungen vor Bremen nahm diesmal das Thema der Integration von Standorten in den neuen Bundesländern keine dominierende Rolle ein, ein Zeichen beginnender Normalisierung. Neben einem Bericht über auslaufende Aktivitäten des Arbeitskreises bzw. der Aufnahme-Kommission ist allerdings die Aufnahme der Humboldt-Universität Berlin als 28. Mitglied des Fakultätentages besonders zu vermerken. Herr Kollege Starke als Vertreter der Humboldt-Universität konnte darlegen, dass nach Rückzug des Aufnahmeantrages auf der vorhergehenden Plenarversammlung in Dagstuhl inzwischen eine Absicherung durch den Berliner Senat erfolgt sei und auch eine Struktur- und Berufungskommission ihre Arbeit aufgenommen habe. Nach der TU Dresden und der Universität Rostock hatte damit der Fakultätentag Informatik zum Ende des Jahres 1991 drei Mitglieder aus den neuen Bundesländern und nahm durch Berichte von Vertretern anderer Hochschulen zur Kenntnis, dass die Entwicklungen mitunter mühsam, aber insgesamt so positiv verliefen, dass weitere Aufnahmeanträge im nächsten Jahr zu erwarten seien.

Die bereits erwähnte und auf der Plenarversammlung in Dagstuhl angekündigte 2. Auflage des "Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer" erschien Ende 1991 [Appel91]. Der damalige Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Prof. Dr. Rainer Ortleb, unterstützte die Herausgabe finanziell und sprach in seinem Vorwort dem Fakultätentag Informatik, insbesondere den Autoren Dank aus für die Erstellung dieser Broschüre, die bereits nach ihrem ersten Erscheinen

im Herbst 1990 ein lebhaftes Interesse ausgelöst habe. Herr Kollege Appelrath führte in seinem Vorwort zur 2. Auflage aus: "Diese Neuauflage wäre schon früher gerechtfertigt gewesen, doch herrschte Konsens im Fakultätentag Informatik sowie bei den Universitäten und Hochschulen der neuen Bundesländer, die für den Sommer 1991 erwarteten Ergebnisse verschiedener Bewertungsprozesse und Strukturdiskussionen abzuwarten. Diese Ergebnisse lassen – wie wir wissen – zu einem großen Teil immer noch auf sich warten oder sind noch nicht umgesetzt, so dass auch die jetzige, bis zum Frühherbst 1991 verzögerte Neuauflage eine oft instabile oder zumindest noch nicht abgesicherte Situation darstellt. Um letzte Informationen zu Beginn des Wintersemesters 91/ 92 zu berücksichtigen, ist den Darstellungen der einzelnen Standorte ein Abschnitt "Aktuelle Entwicklungen im Herbst 1991" angefügt. Gegenüber der 1. Auflage sind zu den aktualisierten und erweiterten Darstellungen der Humboldt-Universität Berlin, der TU Chemnitz, der TU Dresden, der Universität Halle, der Universität Jena, der TH Leipzig, der Universität Leipzig, der TU Magdeburg, der Universität Rostock und der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar neu die Universität Greifswald und die TH Ilmenau hinzugekommen. Die 2. ist gleichzeitig die letzte Auflage dieser Broschüre. Der Inhalt wird – in dann sicher kondensierter Form und nach Abschluss der Neustrukturierung der Informatik-Hochschulandschaft in den neuen Bundesländern auf aktuellem Stand – in die 3. Auflage des etablierten "Studien- und Forschungsführer Informatik" beim Springer-Verlag eingearbeitet. Diese wird voraussichtlich im zweiten Halbjahr 1992 erscheinen."



Abb. 12: Hotel »Astoria« Dresden\*

(Diese Hoffnung war trügerisch, da diese Auflage erst 1996 erschien.) Auch die 2. Auflage des "Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer" fand durchaus kritische Stimmen, weil nicht alle Angaben der einzelnen Hochschulen der Realität entsprechen würden. In der Tat hatten einige Hochschulen die Situation vor Ort etwas "rosig" geschildert, aber man muss dafür bis zu einem gewissen Grad Verständnis haben angesichts der oft noch instabilen Lage bei den Diskussionen mit den jeweiligen Landesministerien und der dabei möglicherweise hilfreichen deutlichen Profilierung des eigenen Informatik-Standortes in solchen Außendarstellungen wie dem "Studien- und Forschungsführer".

Am 15.5.1992 fand die 39. Plenarversammlung des Fakultätentages im Hotel Astoria (siehe Abb. 12) in Dresden statt. Ein außerhochschulischer Tagungsort war für den Fakultätentag ein Novum, vor allem aber auch die Tatsache, dass erstmals eine Plenarversammlung in den neuen Bundesländern erfolgte. Trotz erfreulicher Berichte von Hochschulen der neuen Bundes-

\* Foto von: Sächsische Landesbibliothek - Staats- und Universitätsbibliothek Dresden, Dezernat Deutsche Fotothek

länder, so u. a. aus Cottbus und Potsdam, war die Entwicklung im Frühjahr 1992 nicht so verlaufen, dass die Plenarversammlung in Dresden über die Aufnahme weiterer, die Standorte Berlin, Dresden und Rostock ergänzender Mitglieder aus den neuen Bundesländern beraten konnte. Es blieb in Dresden bei der 1. Lesung von Aufnahmeanträgen der LMU München, der Universität Tübingen und der Universität Ulm, was bei einigen Teilnehmern und Beobachtern als kleiner Rückschlag auf dem Weg zur Integration der Hochschulen mit Informatik-Studiengängen in den neuen Bundesländern angesehen wurde.

Die 40. Plenarversammlung des Fakultätentages am 27.11.1992 sah die Universität Erlangen als Gastgeber. Unter dem Tagesordnungspunkt "Berichte der Mitglieder und Gäste" nahmen die Teilnehmer folgende Ausführungen zu Entwicklungen an Hochschulen in den neuen Bundesländern zur Kenntnis: Die TH Leipzig war zum Wintersemester in eine Fachhochschule übergeleitet worden, während für die benachbarte Universität Leipzig ein Diplomstudiengang mit insgesamt zehn Professuren vorgesehen war, Dresden beklagte den Rückgang der Studienanfängerzahlen, aus Chemnitz wurde über persönliche Probleme und Neuausschreibungen berichtet, Rostock sah Schwierigkeiten bei der adäquaten Besetzung seiner Professuren aufgrund finanzieller Engpässe, die Humboldt-Universität berichtete, dass fünf Stellen besetzt und drei weitere Rufe ergangen seien, Ilmenau schilderte die Aufwertung der TH zu einer Technischen Universität und die Zuweisung von zehn Professuren, während aus Weimar die Nachricht kam, dass es dort keinen Informatik-Studiengang mehr gäbe. Unter dem Tagesordnungspunkt

"Aufnahme neuer Mitglieder" wurde in Erlangen die Aufnahme der Universität Ulm und der LMU München vollzogen und ein Antrag aus Bielefeld erstmals diskutiert. Wie schon bei der vorhergehenden Plenarversammlung in Dresden fehlte ein Antrag von Hochschulen aus den neuen Bundesländern.

Dies wurde allerdings durch den Antrag der TU Chemnitz und dessen Behandlung auf der 41. Plenarversammlung des Fakultätentages am 14.5.1993 in Hildesheim sowie natürlich letztlich die Aufnahme von Chemnitz als 31. Mitglied und viertes der neuen Bundesländer auf der 42. Plenarversammlung am 26.11.1993 korrigiert. Damit waren Ende 1993 die das Niveau der Informatikausbildung der ehemaligen DDR bestimmenden Standorte bis auf Magdeburg als Vollmitglieder in die Arbeit des Fakultätentages integriert. Weitere Anträge auf Mitgliedschaft ließen dann zunächst einige Jahre auf sich warten. Offensichtlich vollzog sich die Umsetzung geplanter Konzepte in einigen Hochschulen nicht im gewünschten Tempo. Nach dem Besuch der inzwischen vom Plenum neu berufenen und mit der Evaluierung vor Ort beauftragten Aufnahmekommission unter Leitung von Prof. Hantzschmann in Jena und Magdeburg konnte dann allerdings deren Aufnahme ohne Einschränkung empfohlen werden, so dass ihre Aufnahme am 21.11.1997 auf der 48. Plenarversammlung in Berlin erfolgen konnte. Der Antrag aus Cottbus wurde bis zur Klärung einiger für den weiteren Ausbau des dortigen Instituts offener Fragen vorerst zurückgestellt. Die gute Entwicklung an der Universität Leipzig und an der Technischen Universität Ilmenau ließ deren baldige Antragstellung erwarten.

Fakultätentag Informatik

Arbeitskreis "Informatik an deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen"

H. Adler, H.-J. Appelrath,  
R. Hebenstreit, R. Zimmerling:

## Die Entwicklung der Hochschul-Informatik in der DDR

Abb. 13: Titelseit „Die Entwicklung der Hochschul-Informatik in der DDR“

Aufgrund der großen Nachfrage nach der 2. Auflage der Broschüre "Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer" und weil der erste gesamtdeutsche "Studien- und Forschungsführer Informatik" auf sich warten ließ, gab es – obwohl er gar nicht mehr offiziell existierte – eine letzte Veröffentlichung des Arbeitskreises "Informatik an deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen" Anfang 1993. Es erschien die Broschüre "Die Entwicklung der Hochschul-Informatik in der DDR" [Adler] (siehe Abb. 13), die wiederum aktuelle Beiträge der einzelnen Hochschulen in den neuen Bundesländern brachte, vorab aber eine historische Übersicht über die Entwicklung der Hochschul-Informatik in der DDR, wie sie von vielen Interessenten innerhalb des Fakultätentages,

aber auch darüber hinaus seit Jahren gewünscht war. Diese Übersicht schrieb der damalige Dekan der Fakultät Informatik der TU Dresden, Herr Kollege Adler. Er nutzte dazu eine Reihe von Quellen, vor allem [Merkel89] und [Tzsch90]. Diese historische Übersicht über die Entwicklung der Hochschul-Informatik in der DDR fand nicht nur Zustimmung, ist aber bis heute durch keine andere Darstellung aktualisiert oder gar verbessert worden. Bei der Darstellung von Prof. Adler konnte es sich im Rahmen der Broschüre naturgemäß nur um eine Zusammenfassung wichtiger Etappen handeln. Diesen von vielen Widersprüchen begleiteten Prozess in all seinen Erscheinungen detailliert zu analysieren und geschlossen darzustellen, muss einem anderen Anlass vorbehalten bleiben. Dabei sollte es insbesondere auch darauf ankommen, die politische Einflussnahme im Rahmen eines zentralistischen diktatorischen Gesellschaftssystems und deren verheerende Folgen auf die universitäre Lehre und Forschung zu beleuchten.



**Abb. 14: Prof. Dr. N. J. Lehmann**

Das Vorwort zu dieser Broschüre schrieb der im Sommer 1998 so plötzlich verstorbene Kollege Prof. Dr. N. J. Lehmann (siehe Abb. 14), einer der großen Pioniere der deutschen Informatik, der schon in den 50er Jahren an der TH bzw. TU Dresden bahnbrechende Entwicklungen der sogenannten maschinellen Rechentechnik forcierte. Der Beitrag von Herrn Kollegen Lehmann war mehr als ein übliches Vorwort: Ein engagierter, persönlicher und kritischer Beitrag zur Informatikentwicklung in der DDR. Herrn Prof. Lehmann verdankt die Informatik – vor allem im Osten Deutschlands – außerordentlich viel. Mit seinem wissenschaftlichen Lebenswerk, das sich in einer heute kaum noch anzutreffenden Spannweite von der Konstruktion und dem Bau von Computern

über Arbeiten zur Erschließung von Anwendungsfeldern für diese neue Technik, die Entwicklung von international hoch geschätzten numerischen Algorithmen im Bereich der Eigenwert- und Randwertprobleme, Programmier- und Fachsprachen bis zur Computeranalytik, als deren Mitbegründer er in der internationalen Fachwelt gilt, erstreckt, hat er das Fundament für die Entwicklung der Informatik in der damaligen DDR gelegt und deren Entwicklung ganz wesentlich beeinflusst. Das von ihm aufgebaute und geleitete Institut für Maschinelle Rechentechnik der TU Dresden entwickelte sich bereits in den 50er Jahren zu einer anerkannten Lehr- und Forschungsstätte auf dem Gebiet der maschinellen Rechentechnik. Die von ihm initiierten Aus-

bildungsprogramme im Rahmen der Mathematik waren der Beginn einer wissenschaftlichen Ausbildung in Informatik (bzw. der maschinellen Rechentechnik und elektronischen Datenverarbeitung).

In der Liste der Beiträge einzelner Hochschulen in der Broschüre "Die Entwicklung der Hochschul-Informatik in der DDR" fällt auf, dass ergänzend zu den Hochschulen, die in der 2. Auflage des "Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer" Ende 1991 bereits auftauchten, neu hinzu kamen die Ingenieurschule für Elektronik und Informationsverarbeitung Görlitz sowie die Technische Hochschule Leuna-Merseburg. Dies löste bei einigen Beobachtern Verwunderung aus – und in der Tat haben diese beiden Standorte keine Chance auf Erhalt gehabt –, doch blieben die Autoren hier ihrer Linie treu, nicht selbst Bewertungen oder gar Ausschlüsse vorzunehmen und damit Ergebnissen noch laufender Diskussionsprozesse vorgreifen zu wollen. Diese Broschüre stellte dann den endgültigen Schlusspunkt der Aktivitäten des Arbeitskreises "Informatik an deutschen Universitäten und wissenschaftlichen Hochschulen" dar. Herr Kollege Appelrath führte zu Inhalt und Hintergrund der Broschüre und mit einem Rückblick auf die Arbeit der vom Fakultätentag eingesetzten Kommission bzw. des daraus entstandenen Arbeitskreises u.a. aus: "Unmittelbar nach der Wende im Frühjahr 1990 ging vom Fakultätentag Informatik die Initiative zur Bildung eines Arbeitskreises aus, der sich zunächst mit Fragen der Studien- und Prüfungssituation in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR beschäftigen sollte. Rasch wurde darüber hinaus der Arbeitskreis zu einem Forum, in dem sich Vertreter von zunächst zehn, später zwölf Hochschulen der heutigen neuen

Bundesländer mit vom Fakultätentag delegierten Professoren der alten Bundesländer auch zu anderen fach- und hochschulpolitischen Problemen abstimmten. Bis zum Herbst 1991 gab es Treffen in Leipzig, Gosen, Dortmund, Magdeburg und Dagstuhl, ergänzt durch vor- und nachbereitende Abstimmungen sowie Diskussionen "im kleinen Kreis". Der Fakultätentag Informatik konnte mit Stolz vermerken, schneller und besser als wohl alle anderen den mit der Wiedervereinigung notwendigen Abstimmungsprozess vollzogen zu haben. Es war eine interessante, aber auch schwierige Zeit, die von einigen Vertretern aus der damaligen "Noch-DDR" auch manchmal als eine belastende Phase des Abtastens empfunden wurde. Aus Ost und West kamen zudem von nicht zum Arbeitskreis gehörenden Ratgebern immer wieder Warnungen, nicht mit den "falschen" Repräsentanten aus den neuen Bundesländern zu sprechen. Aber auch hier blieb der Fakultätentag bei seiner Linie: Man diskutiert mit Institutionen, die Bestimmung der sie repräsentierenden Personen ist Sache der Institutionen selbst. Es war besser, ein wenig zu warten, als auch hier von außen Ratschläge zu erteilen."

Der "Studien- und Forschungsführer Informatik" [Brauer96] brachte erst in seiner 3. Auflage im Frühjahr 1996 eine Darstellung auch der Informatik-Studiengänge in den neuen Bundesländern. Zu diesem Zeitpunkt waren folgende Studiengänge an wissenschaftlichen Hochschulen in den neuen Bundesländern und dem östlichen Teil Berlins etabliert und wurden – wenn auch nicht in allen Fällen als Mitglied im Fakultätentag vertreten – in diesem Führer dargestellt (die Informatik der Universität Potsdam fehlte, da sie zwar 1992 eingerichtet, aber 1994/ 95 unterbrochen und erst von 1996 an wieder zugelassen war):

Humboldt-Universität zu Berlin, TU Chemnitz-Zwickau, Brandenburgische TU Cottbus, TU Dresden, TU Bergakademie Freiberg, Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, TU Ilmenau, Friedrich-Schiller-Universität Jena, Universität Leipzig, Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg, Universität Rostock, Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar. Von diesen Hochschulen gehörten 1999 Berlin, Chemnitz, Dresden, Jena, Magdeburg und Rostock dem Fakultätentag als Vollmitglieder an, die Universitäten Cottbus, Freiberg, Greifswald, Halle-Wittenberg, Ilmenau, Leipzig und Potsdam besitzen einen Gaststatus.

Der erste und bisher einzige, 1996 erschienene gesamtdeutsche "Studien- und Forschungsführer Informatik" enthält keinerlei Hinweise auf die Integration der Hochschul-Informatik in der ehemaligen DDR in das vereinte Deutschland. Überhaupt ist dieses historisch eher kleine, für die deutsche Informatik aber wesentliche Kapitel nicht systematisch und für eine breitere Öffentlichkeit nachlesbar dargestellt. Die Autoren des vorliegenden Beitrags hoffen, diese Lücke ein wenig geschlossen zu haben und mit diesem Artikel das sich in so kurzer Zeit und relativ problemlos im Fakultätentag vollzogene Zusammenführen von Informatik-Standorten an Hochschulen in West und Ost in Erinnerung gebracht zu haben. Der Beitrag dokumentiert für Wegbegleiter und die interessierte Öffentlichkeit diesen für den Fakultätentag Informatik so überaus wichtigen und erfolgreichen Abschnitt seiner Arbeit. Schließlich soll der Beitrag allen in Lehre und Forschung der deutschen Hochschul-Informatik Engagierten Mut machen, aufbauend auf dem bisher Erreichten die Entwicklung der Informatik im vereinten Deutschland weiter voranzubringen.

#### Literatur

[Adler93] Adler, H., Appelrath, H.-J., Hebentreit, R., Zimmerling, R.: "Die Entwicklung der Hochschul-Informatik in der DDR", 1992, Eigendruck Oldenburg

[Appel90] Appelrath, H.-J., Zimmerling, R.: "Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer", 1990, Eigendruck Oldenburg

[Appel91] Appelrath, H.-J., Zimmerling, R.: "Studien- und Forschungsführer Informatik der neuen Bundesländer", 2. Auflage, 1991, Eigendruck Oldenburg

[Brauer96] Brauer, W., Münch, S.: "Studien- und Forschungsführer Informatik", 3. Auflage, Springer-Verlag, 1996

[Merkel89] Merkel, G.: "Vier Jahrzehnte Rechentechnik in der DDR", GI-Mitteilungen 4, 1989, Heft 5/6 (GIDDR), S. 147-152

[Tzsch90] Tzschoppe, H.: "Entwicklung der Informatik in der DDR", Rostocker Informatik-Berichte, Heft 10, 1990, S. 16-23



Prof. Dr. Hans-Jürgen Appelrath

Universität Oldenburg  
FB Informatik  
Escherweg 2  
26212 Oldenburg  
appelrath@informatik.uni-oldenburg.de

Die Autoren danken Herrn Dipl.-Inform.  
Arndt Schönberg (Oldenburg) für die  
redaktionelle Unterstützung.



Prof. Dr. Karl Hantzschmann

Universität Rostock  
FB Informatik  
Albert-Einstein-Straße 21  
18051 Rostock  
kh@informatik.uni-rostock.de

Mit freundlicher Unterstützung von



Oldenburger Forschungs- und  
Entwicklungsinstitut für Informatik-Werkzeuge  
und -Systeme  
URL: <http://www.offis.de>